



Aarau, 6. November 2023.

Abstimmung vom 19. November 2023

Die FDP Aarau lehnt das Budget 2024 ab und stimmt dem Modulbau der Tagesschule zu

Die FDP Aarau hat am 2. November 2023 die Parolen für die Abstimmung vom 19. November 2023 gefasst. Das Budget 2024 wurde abgelehnt. Unterstützung fand hingegen der Modulbau der Tagesschule.

Die FDP Aarau hat an einer Mitgliederversammlung im Restaurant Spagi by Marcello die Parolen für die Abstimmungen vom 19. November 2023 gefasst.

Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker (FDP) stellte das Budget der Stadt Aarau für 2024 vor. Die anschliessende Diskussion fokussierte sich im Wesentlichen auf die budgetierte Erhöhung des Stellenetats um 27.2 Stellen, die den auffälligen Trend fortsetzt, die Stellen und den Personalaufwand jedes Jahr massiv (und weit über der Bevölkerungszunahme) zu erhöhen. Die Notwendigkeit der diesjährigen Stellenerhöhung wurde von der FDP als ungenügend oder gar nicht begründet abgelehnt. Die Mitgliederversammlung fasste einstimmig die Nein-Parole zum Budget 2024.

Die Vorlage zum Modulbau der Tagesschule fand die Unterstützung der FDP Aarau, trotz gewichtigen Bedenken in Bezug auf die hohen Kosten und die ungeklärte rechtliche Zulässigkeit des Verkehrskonzepts. Die Tagesschule erreichte aber die deutliche Zustimmung der Partei, selbst wenn das konkrete Projekt das zentrale Anliegen der FDP nicht vorbehaltslos zufriedenstellend umsetzt

Zur Vorlage der vierteiligen Teilrevision der Gemeindeordnung entwickelte sich eine differenzierte Diskussion. Die Anpassungen in der Systematik und die veränderte Unterschriftenzahl für Referendum und Initiative wurden einstimmig angenommen. Auch die neue Regelung zur Vertretung im Einwohnerrat im Fall von Mutterschaft, Unfall oder Krankheit fand eine grossmehrheitliche Unterstützung. Demgegenüber wurde das "Bevölkerungsanliegen" als neues Instrument der politischen Mitsprache ab 10 Einwohner/-innen von der Mitgliederversammlung der FDP einstimmig abgelehnt, weil das Bedürfnis nach zusätzlichen demokratischen Instrumenten nicht ausgewiesen ist. Auch die neuen Regeln zur Politikfinanzierung werden klar abgewiesen, insbesondere aufgrund der Befürchtung, dass die Umsetzung der Transparenzgrundsätze in einem Reglement zu einem unverhältnismässigen administrativen Aufwand führen wird.

Kontakt:

Benjamin Böhler, Co-Präsident, benjamin.boehler@bluewin.ch, 079 626 96 28